vinetur

Französische Nationalversammlung bewilligt 10 Millionen Euro für Rodungsbeihilfen

Die Mittel sollen eine staatliche Rodungsprämie sichern, nachdem die Nachfrage nach dem Programm die Erwartungen übertroffen hat

Freitag, 13. November 2026



Die französische Nationalversammlung hat am Donnerstag, dem 12. November, einem Änderungsantrag über 10 Millionen Euro zugestimmt, um die Finanzierung von Beihilfen für Winzer zu sichern, die Reben roden. Die Maßnahme soll der unerwartet hohen Nachfrage nach einem Ende 2025 angekündigten Förderprogramm gerecht werden.

Der Änderungsantrag Nr. 105 wurde während der Beratungen über den Haushaltsnachtrag Frankreichs für 2026 angenommen. Laut dem offiziellen Abstimmungsergebnis der Nationalversammlung stimmten 45 Abgeordnete dafür und 4 dagegen; insgesamt nahmen 64 Abgeordnete an der Abstimmung teil.

Jean-René Cazeneuve, der den Änderungsantrag eingebracht hatte, erklärte im Plenum, die Mittel seien nötig, um die von der Regierung zugesagte Rodungsprämie zu „sichern“. Der Weinsektor, ein wichtiger Teil der französischen Landwirtschaft und der Agrarexporte, sei von Exportzöllen, mehreren Jahren klimabedingter Krisen und einem rückläufigen Konsum getroffen worden. Die 10 Millionen Euro würden benötigt, weil die Zusagen im Rahmen des Programms die ursprünglichen Erwartungen übertroffen hätten, sagte er.

Die Maßnahme betrifft eine von französischen Abgeordneten als prime à l’arrachage bezeichnete Prämie für Winzer, die Reben roden. Solche Programme dienen in der Regel dazu, die Rebfläche in Gebieten zu verringern, in denen sich die Produktion nur noch schwer aufrechterhalten lässt. In Frankreich gewinnt das Thema zunehmend an Bedeutung, da einige Weinregionen mit einer schwächeren Nachfrage, Exportdruck und wiederholten Wetterextremen konfrontiert sind.

Die Regierung unterstützte den Änderungsantrag. David Amiel, Minister für öffentliches Handeln und Rechnungswesen, erklärte den Abgeordneten, er befürworte den Vorschlag. Die Maßnahme sei nach einer, wie er es nannte, sehr schwierigen Phase für den Sektor für die Weinbranche notwendig.

Philippe Juvin, der Generalberichterstatter des Finanzausschusses, sagte, der Ausschuss habe den Änderungsantrag nicht geprüft, weil er verspätet eingereicht worden sei. Er erklärte, er verstehe dessen Ziel, und verwies darauf, dass sich der Haushaltsposten für Landwirtschaft, Ernährung, Forstwirtschaft und ländliche Angelegenheiten auf rund 3,6 Milliarden Euro belaufe. Bevor die Regierung Stellung

bezog, fragte er, ob sich innerhalb dieses Rahmens 10 Millionen Euro mobilisieren ließen. Nachdem die Regierung ihre Unterstützung bekundet hatte, schritt die Nationalversammlung zur Abstimmung.

Die Aussprache fand während einer langen Sitzung zum Haushaltsgesetz zum Jahresende statt, mit dem Ausgaben und Mittelzuweisungen vor Abschluss des Haushaltsjahres 2026 angepasst werden. In derselben Sitzung verabschiedeten die Abgeordneten eine weitere von der Regierung unterstützte Agrarmaßnahme: einen Änderungsantrag über 12 Millionen Euro, mit dem die Finanzierung einer außerordentlichen Beihilfe für Unternehmen ergänzt werden soll, die nicht für den Straßenverkehr bestimmten Diesel für land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten gekauft hatten. Der größere Zusammenhang zeigte, dass die Unterstützung der Landwirtschaft während der Haushaltsberatungen parteiübergreifend Aufmerksamkeit erhielt.

Der Änderungsantrag zur Rodung fiel durch die breite Zustimmung auf, die er erhielt. Viele andere in derselben Sitzung behandelte Änderungsanträge wurden abgelehnt, oft nach ablehnenden Stellungnahmen der Regierung und des Finanzausschusses. Bei der Maßnahme für den Weinsektor unterstützte die Regierung den Vorschlag, während der Berichterstatter keine Einwände erhob – das trug zur breiten Zustimmung im Plenum bei.

Für die Getränkeindustrie könnte die Abstimmung über das französische Parlament hinaus Bedeutung haben. Frankreich zählt weiterhin zu den größten Weinproduzenten der Welt, und Entscheidungen über die Umstrukturierung von Rebflächen können sich auf das Traubenangebot, die Finanzlage der Erzeuger und das Tempo der Anpassung in Regionen auswirken, die unter langfristigem Marktdruck stehen. Zusätzliche öffentliche Mittel für die Rodung von Reben könnten den Behörden dabei helfen, Überkapazitäten besser abzubauen, falls ein niedriger Konsum, Handelsdruck und Klimaschäden die Winzer weiter belasten.

Die Abstimmung bedeutet nicht, dass die Maßnahme automatisch Gesetz wurde. Aus der Gesetzgebungsakte der Nationalversammlung geht hervor, dass die Kammer den Haushaltsentwurf für Ende 2026 am Donnerstag, dem 12. November, später ablehnte, nachdem sie dem Änderungsantrag während der Beratungen zugestimmt hatte. Die Mittelzuweisung von 10 Millionen Euro wurde damit in dieser Phase des

parlamentarischen Verfahrens bewilligt; ihr endgültiges Schicksal hängt jedoch davon ab, wie das übergeordnete Haushaltsgesetz weiter behandelt wird.